



FAIR. Das Bulletin

Ausgabe 3 / Juli 2022

Rechtsextremismus



Herausgeber

FAIR international –
Federation against Injustice and Racism e. V.
Colonia Allee 3
D-51067 Köln
T +49 221 474449-10
F +49 221 474449-11
www.fair-int.de
info@fair-int.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf ohne schriftliche Genehmigung des Verfassers weder vollständig noch in Auszügen gedruckt, vervielfältigt oder mittels elektronischer Medien verbreitet werden.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
„Wie hat sich der Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren entwickelt?“ Interviewpartner: Dr. Matthias Quent	6
„Auswirkungen der ‚Einzeltäter:innentheorie‘ auf Betroffene“ Interviewpartner: Onur Özata	9
„Muslimfeindlicher Rechtspopulismus – ein Rassismus in neuer Verpackung“ Verfasser: Alexander Häusler	14
„Der Umgang mit erlebter rechtsextremistischer Gewalt aus Sicht einer Betroffeneninitiative“ Interviewpartnerin: Meral Şahin (Interessengemeinschaft Keupstraße)	16

Vorwort

Liebe Leser:innen,

im Jahr 2021 zählte das Bundesamt für Verfassungsschutz in Deutschland (BfV) das Personenpotenzial gewaltorientierter Rechtstextremisten auf 13.300 und damit auf etwa 300 Personen mehr als im Vorjahr. Der stetige Anstieg dieser Zahl ist besorgniserregend, denn es ist die höchste registrierte Zahl seit 2015.

Der Verfassungsschutz verzeichnete für das Jahr 2021 auch einen Anstieg von rechtsextremistischen Straftaten, nämlich von 21.290 auf 22.357.¹ Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen, weil viele Straftaten nicht zur Anzeige gebracht werden.

Rechtsextremismus ist schon lange kein Randphänomen mehr, sondern tritt mittlerweile innerhalb der Gesellschaft deutlich in Erscheinung und prägt die Menschen und ihr gegenseitiges Miteinander. Gegenmaßnahmen, Aufarbeitung und Umgang mit dem Rechtsextremismus in Deutschland waren und sind weiterhin wichtige Themen. Nach der Selbstenttarnung des NSU wurden Forderungen laut, gegen Rechtsextremismus in Deutschland stärker vorzugehen. Der stetige Anstieg der Anzahl rechtsextremistischer Straftaten und viele weitere Anschläge wie beispielsweise in Hanau, Halle, München sowie die Vorfälle in Chemnitz 2018 zeigen, dass die Anstrengungen, den Rechtsextremismus zu bekämpfen, allem Anschein nach nicht ausreichend sind bzw. nicht überall konsequent unternommen wurden.

Es wird immer wieder betont, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, und die Gesellschaft wird hierzu auch regelmäßig sensibilisiert. Jedoch verdeutlichen die zunehmende rechtsextreme Hetze im Netz, die Verbreitung rechtsextremistischer Propagandamaterialien, die Entdeckungen von rechtsextremistischen Chatinhalten in der Kommunikation von Behördenangehörigen und nicht zuletzt die Schwierigkeiten die man hat, eindeutig rechtsextreme Motive auch als solche zu identifizieren - wie beim Anschlag in München 2016 -, dass hier noch ein langer Weg bevorsteht. Wenn Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus nicht beim Namen genannt werden, festigen sich bereits bestehende, problematische und gewaltbereite Strukturen. Die vom Kabinettsausschuss beschlossenen 89 Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus scheinen ambitioniert. Ob sie aber den gewünschten und notwendigen Effekt haben werden, bleibt abzuwarten. Nach Attentaten ist oft die Rede von Einzeltäter:innen. Handelt es sich aber wirklich um Einzeltäter:innen

und findet diese „individuelle“ Radikalisierung wirklich nur im isolierten Raum statt?

Wie steht es mit Aufklärung und Aufarbeitung rechtsextremistischer Anschläge?

Welcher Sprache bedienen sich Rechtspopulist:innen?

Diesen und weiteren Fragen widmen wir uns in diesem, unserem dritten, Bulletin, das sich ausschließlich mit dieser Thematik auseinandersetzt.

Wir freuen uns, dass sich in diesem Zusammenhang Dr. Matthias Quent und Dr. Alexander Häusler mit leistungswerten Beiträgen zur Verfügung gestellt haben und danken an dieser Stelle ganz herzlich dafür.

Auch möchten wir uns bei Herrn Rechtsanwalt Onur Özata und Frau Meral Şahin von der IG Keupstraße für die Interviews bedanken, die uns Leser:innen einen sehr interessanten Einblick in die Betroffenenperspektive gewähren.

Im ersten Beitrag beantwortet Dr. Matthias Quent unter anderem die Frage, welche Veränderungen im Kontext des Rechtsextremismus seit den 80er / 90er Jahren zu verzeichnen sind. Dabei geht er insbesondere auch der Frage nach, ob der Rechtsextremismus in Deutschland unterschätzt wurde.

Mit Herrn Onur Özata, Rechtsanwalt von Betroffenen rechtsextremer Gewalt, gehen wir im Rahmen eines Interviews der Frage nach, welche Auswirkungen die „Einzeltäter:innentheorie“ auf Betroffene hat und wie die „Einzeltäter:innentheorie“ zu bewerten ist. Er gibt uns einen Einblick in die Aufgaben der Nebenklagevertretung in derartigen Prozessen unter Einbeziehung der Betroffenenperspektive.

Dr. Alexander Häusler befasst sich in seinem Beitrag mit dem antimuslimischen Rassismus und Rechtspopulismus. Dabei geht er unter anderem auf die Ursprünge und auf die Relation zur Sprache als „Sprache des Hasses“ ein.

Frau Meral Sahin von der IG Keupstraße ermöglicht uns im Rahmen eines Interviews den Einblick in ihre aktivistische Arbeit. Sie schildert uns den Umgang mit erlebter rechtsextremistischer Gewalt und die Hürden, Herausforderungen und Lichtblicke aus Sicht der Betroffeneninitiative, in der sie aktiv mitwirkt. Außerdem spricht sie offen über Missstände und mangelhafte Aufarbeitungsarbeit in den Behörden.

Die Behandlung dieser Thematik sehen wir als Teil unserer Sensibilisierungsarbeit an und hoffen, das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein in diesem Bereich zu stärken.

Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre.

FAIR international e.V.

¹ Bundesamt für Verfassungsschutz, Zahlen und Fakten, https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html#doc679030bodyText2, zuletzt abgerufen am 10.12.2021

„Wie hat sich der Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren entwickelt?“

Strukturelle und inhaltliche Entwicklungen seit den 80er / 90er Jahren bis aktuell

Interviewpartner: Dr. Matthias Quent

Fair int.: In Deutschland gibt es eine Kontinuität rechter Terroranschläge und des Rechtsextremismus: Das Oktoberfestattentat in den 1980er Jahren, den Anschlägen in Solingen, Mölln, Hoyerswerda und Rostock in den 90er Jahren, den NSU-Attentaten sowie nun den Anschlägen in Kassel, Halle und Hanau. Was zeichnet den Rechtsextremismus in Deutschland aus und wie hat sich dieser in den letzten Jahren entwickelt?

Dr. Matthias Quent: Im Kern des Rechtsextremismus steht die Vorstellung der Ungleichwertigkeit verschiedener Menschengruppen zum Beispiel nach Abstammung, Herkunft, Religion, Geschlecht oder Kultur. Damit steht er im Widerspruch zum deutschen Grundgesetz – egal in welcher Form oder in welcher Strömung er auftritt. Der Rechtsextremismus versucht, rassistische Ungleichheiten zu rechtfertigen und als politische Leitvorstellungen zu normalisieren und zu etablieren. Terroristische Anschläge sind dabei die höchste Eskalationsstufe, wobei die Taten vor allem Botschaften des Ausschlusses und der Einschüchterung transportieren und Nachahmer:innen motivieren sollen. Der Rechtsextremismus ist nicht statisch, sondern dynamisch, das heißt sein Auftreten passt sich ständig an kulturelle oder gesellschaftliche Trends an. Die wichtigsten übergreifenden Entwicklungen der letzten Jahre waren dabei erstens die umfassende Digitalisierung und zweitens die Parlamentarisierung des Rechtsextremismus. Für letztere steht in Deutschland die AfD.

Fair int.: Angesichts dieser Entwicklungen: würden Sie sagen, dass der Rechtsextremismus und der rechte Terror in Deutschland lange unterschätzt wurden? Und hat gerade diese „Verharmlosung“ den Boden für weitere Angriffe bereitet?

Dr. Matthias Quent: Ja, der Rechtsextremismus wurde lange unterschätzt, das haben auch führende Politiker:innen mittlerweile eingeräumt. Dabei war der Rechtsextremismus schon immer da – auch in seiner mörderischen Form. Tatsächlich zeigen Untersuchungen, wie die Autoritarismusstudie der Universität Leipzig, dass die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung insgesamt nicht zunimmt, sondern abnimmt. Aber die rechtsextreme Minder-

heit radikalisiert sich. Das Problem mit der langen Verharmlosung ist, dass dadurch rechtsextreme Einstellungen und Gewalttaten nicht erkannt und nicht als Problem identifiziert wurden. Nehmen wir zum Beispiel den NSU-Komplex: Über 14 Jahre entspann sich ein mörderisches Nazinetzwerk im Untergrund, aber die Behörden haben die Angehörigen der Opfer verdächtigt und kriminalisiert. Wenn rechtsextreme Milieus wahrnehmen, dass ihre Taten keine Gegenreaktionen nach sich ziehen, erfahren sie sich als bestätigt oder sogar als Vollstrecker:innen eines vermeintlichen Volkswillens. Davon können Legitimationseffekte für weitere Angriffe ausgehen. Und ganz praktisch sind viele rechtsextreme Gewalttäter:innen auch Wiederholungstäter:innen, die natürlich nur dann zuschlagen können, wenn sie nicht im Knast sitzen.

Fair int.: Im Zusammenhang mit rechtsextremen Angriffen wie in Halle oder Hanau, aber auch beim Anschlag auf das Einkaufszentrum in München legen sich die Ermittlungsbehörden auf die Bezeichnung „Einzeltäter:in“ fest. Auf der anderen Seite wird die Einzeltäter:in-Theorie kritisiert. Aus welchem Grund hält sich der Mythos „Einzeltäter:in“ so hartnäckig? Welche Folgen hat eine solche Verengung des Blickwinkels bei der Aufklärung rechtsextremer/rechtsterroristischer Angriffe?

Dr. Matthias Quent: Zunächst dient dieses Narrativ der Entlastung vor der Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rassistischen Strukturen, die teilweise bis in Behörden und in die Mitte der Gesellschaft ohnehin reichen.

Wenn es nur um die Taten Einzelner gehen würde, erscheint die Gefahr beherrschbar. Tatsächlich wurden in Halle und Hanau die schrecklichen Bluttaten als solche von allein handelnden Attentätern verübt. Das heißt auch, es gibt in juristischen Kategorien wohl keine Mitschuldigen. Aus einer soziologischen und auch politischen Perspektive sieht das anders aus: Niemand radikalisiert sich allein. Auch wenn Täter:innen allein abdrücken, haben sie ihre Motivation, ihre ideologische und auch operative Prägung und Vorbereitung nicht allein vollzogen.

Oft sind solche Täter:innen in Gemeinschaften eingebunden, auch in digitale Hassgemeinschaften, ohne direkt Mitglied in rechtsextremen Strukturen zu sein. In der Folge können die ideologischen Ursachen und unterstützenden Milieus solcher Taten aus dem Blick geraten und es wird schwerer, solche Taten zu analysieren und auf der Grundlage solider Erkenntnisse ähnliche Taten zu verhindern.

Fair int.: Die sog. „Reichsbürgerbewegung“, die Identitären, das Hannibal-Netzwerk, völkische Gruppen: Die rechtsextremistische Szene deckt eine Bandbreite an Gruppierungen und Netzwerken ab. Welche Bewegungen gibt es? Und organisieren sie sich mittlerweile anders als bspw. in den 1990ern?

Dr. Matthias Quent: Das Milieu der äußersten Rechten setzt sich aus vielen Strömungen und Grüppchen zusammen. Durch die Adaption subkultureller Versatzstücke aus verschiedenen sozialen Netzwerken – beispielsweise im Fall des Attentäters von Halle aus der Anime-Kultur – wird die Fragmentierung immer größer. Ab wann man, gerade auch angesichts von Onlinegemeinschaften und neuer verschwörungsideologischen Formierungen, von Bewegungen sprechen kann und sollte, ist eine gute Frage. Neu ist in diesem Zusammenhang zum Beispiel die rechtsextreme Q-Anon-Szene, die vor allem auf jahrhundertelangen antisemitischen Lügen über kindermordende Jüd:innen basiert und die Donald Trump als Erlöser glorifiziert. Natürlich organisiert man sich heute anders, da unterscheidet sich die äußerste Rechte nicht vom Rest der Gesellschaft: digitale Infrastrukturen sind von sehr großer Bedeutung.

Fair int.: An dem Hannibal-Netzwerk sind unter anderem Soldat:innen, Polizist:innen Richter:innen und Mitarbeiter:innen des Verfassungsschutzes und anderer deutscher Sicherheitsbehörde beteiligt. Daneben zeigen unter anderem die rechtsextremen Vorfälle bei der Eliteeinheit der Bundeswehr KSK, bei dem Verfassungsschutz in NRW sowie die in verschiedenen Bundesländern aufgedeckten rechtsextremen Chatgruppen, dass die Problematik des Rechtsextremismus bis in staatliche Institutionen hineinreicht. Wie beurteilen Sie dies?

Dr. Matthias Quent: Rechtsextremismus in Behörden ist leider nichts Neues, aber wird sichtbarer und es wird heute offener darüber berichtet. In der Auseinandersetzung passiert deutlich mehr als früher, beispielsweise bei der Bundeswehr.

Aber etablierte und teils konspirative Strukturen aufzuklären und zu zerschlagen ist nicht so einfach – darum ist es enorm wichtig, früher anzusetzen und bereits die Entstehung solcher Verbindungen nach Möglichkeit zu verhindern. Das Beamtenrecht ist komplex und sicherlich halten auch alte Seilschaften mitunter eine schützende Hand über Rechtsaußen in den Behörden. Die Debatte um „Einzelfälle“ finde ich ermüdend – der Begriff ist undefiniert und rein politisch. Auch Universitäten und Schulen haben

Rechtsextremismusprobleme, weil es sich nun einmal um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung handelt.

Aber natürlich ist es besonders heikel in waffentragenden Institutionen und solchen mit besonderen Rechten und Möglichkeiten. Um zu wissen, ob die Gefahr unterschätzt wird, bräuchte man zunächst mehrere unabhängige Studien, um die Tragweite der Gefahr besser zu verstehen. Die begründeten Sorgen von Menschen, die sich durch den Staat nicht als geschützt oder sogar als bedroht erfahren müssen, müssen unbedingt ernst genommen werden! Und auch die Reputations- und Vertrauensverluste entsprechender Behörden sind nicht zu unterschätzen. Eigentlich sollten alle Demokrat:innen ein Interesse daran haben, dass demokratischen Institutionen für alle funktionieren – auch und gerade für Menschen, die von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus betroffen sind.

Fair int.: Ein aktuelles Agitationsfeld von Rechtsextremist:innen sind die Proteste gegen die Coronapolitik. Zu solchen Demonstrationen rufen bspw. die NPD oder der „III. Weg“ bis hin zu der AfD auf. Aus welchem Grund beteiligen sich Rechtsextreme an diesen Protesten? Und welchen Einfluss haben sie hier?

Dr. Matthias Quent: Sie beteiligen sich auf Grund der großen inhaltlichen Anschlusspunkte: Egoismus und Entsolidarisierung, populistische Wut auf „die da oben“, Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus, Renationalisierung, Wissenschaftsfeindlichkeit: all das wird mit der Coronakrise verbunden, um so das Vertrauen in die liberale Demokratie zu zersetzen und vor allem, um Aufmerksamkeit für die eigene Agenda zu generieren.

Der Einfluss ist regional unterschiedlich, in einigen Regionen Ostdeutschlands dominieren Rechtsextreme das Bild, während die Einschätzung in Südwestdeutschland schwieriger ist. In den Protestmilieus haben Rechtsextreme eine neue soziale Gruppe für ihre Agitation gefunden und können darüber zumindest ideologische Versatzstücke verbreiten.

Fair int.: Die Anzahl sogenannter Rechts-Rock-Konzerte und rechter Liederabende hält sich seit einigen Jahren auf hohem Niveau. Diese Veranstaltungen finden in der Regel öffentlich statt, werden zwar durch die Polizei beobachtet, aber eine kritische Auseinandersetzung hiermit findet nicht statt. Welche Funktionen haben solche Veranstaltungen in der rechtsextremistischen Szene?

Dr. Matthias Quent: Es geht dabei um die Pflege der eigenen Subkultur. Um das Aufrechterhalten von Bindungen, Gemeinschaftserlebnisse, ideologische und soziale Vergewisserung. Und natürlich auch darum, neue, vor allem junge Menschen anzulocken. Musik wird als Mittel der Ideologievermittlung betrachtet. Und häufig geht es auch darum, Geld zu verdienen.

Fair int.: Die AfD ist im Bundestag und in allen Länderparlamenten vertreten. Welche Bedeutung hat dieser „Erfolg“ für Rechtsextremist:innen? Und bedeutet dies auch, dass es eine steigende Akzeptanz für rechtsextremes Denken und Handeln in Deutschland gibt?

Dr. Matthias Quent: Es ist ein Paradox: Einerseits zeigen Studien, dass die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen zurückgeht, andererseits ist der Rechtsextremismus öffentlich viel prominenter.

Vor allem bedeuten die Parlamentssitze demokratische Legitimierung, Öffentlichkeit und Jobs. Gerade letzteres darf nicht unterschätzt werden. Der AfD steht wohl auch die Finanzierung einer parteinahen Stiftung durch Steuermittel zu: Mit der Desiderius-Erasmus-Stiftung ist ein neues und professionelles Sammelbecken entstanden, das künftig womöglich mit 70 Millionen Euro finanziert wird.

Durch die Aktivitäten in den Parlamenten sind Legitimationseffekte zu beobachten: Rechtsextreme fühlen sich ermutigt und bestärkt. Das zeigt sich durch gewachsenes Selbstbewusstsein einzelner Rechtsextremer zum Beispiel in Vereinen, aber auch bei Anschlägen.

Fair int.: Im Dezember 2020 hat die Bundesregierung 89 Maßnahmen im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus beschlossen. Halten Sie diese Maßnahmen für ausreichend? Und was glauben Sie, müssen Politik und Gesellschaft unternehmen, um der Gefahr von Rechtsextremismus und Rassismus zu begegnen?

Dr. Matthias Quent: Ausreichend sind die Maßnahmen sicher nicht, aber ein wichtiger Schritt. Dass es überhaupt ein Kabinett gegen Rassismus und Rechtsextremismus gibt, ist eine Zäsur.

Aus meiner Sicht ist es jetzt vor allem wichtig, die Maßnahmen zu verstetigen, sie in die Breite und in die Institutionen zu tragen. Und dabei müssen noch stärker als bisher die Ursachen dieser Gefahren erforscht und beseitigt werden.

Infos zum Interviewpartner:

Dr. Matthias Quent ist Soziologe und Gründungsdirektor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Rechtsradikalismus, Radikalisierung und Hasskriminalität.

„Auswirkungen der ‚Einzeltäter:innen-theorie‘ auf Betroffene“

Interviewpartner: Onur Özata

Fair int.: Herr Özata, als Nebenklageanwalt waren Sie unter anderem in dem NSU-Prozess, dem Prozess gegen Oskar G. (Buchhalter von Auschwitz), gegen den SS-Wachmann Reinhold H., gegen den Waffenhändler des Attentäters im Münchner Einkaufszentrum OEZ und gegen Stephan B. im Halle-Prozess vertreten. Welche Rolle spielt die Nebenklagevertretung in diesen Verfahren?

Onur Özata: Die Nebenklagevertretung ist sehr wichtig für die Mandant:innen. Es handelt sich hierbei um die Hilfe, sich im juristischen Dickicht zurechtzufinden. Wir stellen Anträge bei Gericht und stellen stellvertretend die Fragen der Mandant:innen. Wir erklären und übersetzen das Juristische und schützen die Mandant:innen. Natürlich ist es auch juristisch notwendig, um bestimmte Interessen durchzusetzen. Zum Beispiel kann der Betroffene einer Straftat keine Akteneinsicht beantragen, dafür braucht er einen anwaltlichen Beistand und für solche Sachen sind wir da.

Interessen, die die Mandant:innen verfolgen, sind bspw. die Genugtuung, oder die Aufklärung, denn die große Frage ist immer: „Warum ist das passiert, warum bin ich betroffen, warum ist mein:e Angehörige:r getötet worden, warum wurde diese:r ausgewählt?“ oder aber auch die Frage danach, warum sich ein:e Täter:in radikalisiert hat. Das sind Fragen, die sich die Betroffenen stellen, und da helfen wir weiter.

Fair int.: Was meinen Sie mit Schutz?

Onur Özata: Menschen mit Migrationshintergrund, die von Rechtsextremismus betroffen sind, sagen mir häufig, dass ihnen ihrem Empfinden nach nicht dieselbe Empathie entgegengebracht wird wie den „Deutschen“. Was wir auch oft erleben, ist eine Täter-Opfer-Umkehr. Das fängt teilweise schon bei den Ermittlungen an.

Durch die Fragen und der Art und Weise der Ermittlungen werden Betroffene bewusst oder unbewusst verdächtigt, sodass sie das Gefühl kriegen, dass deren Opferstellung nicht anerkannt wird und sie zu Täter:innen gemacht werden. Wie z.B. beim NSU, da gab es eine klare Täter-Opfer-Umkehr. Den Betroffenen und Angehörigen wurde unterstellt, an den Tötungen beteiligt zu sein, als Angehörige einer

Mafia, aufgrund politischer Konflikte oder es seien Ehrenmorde. Die Angehörigen wurden abgehört, beobachtet und verdächtigt. Diese Verhalten meine ich, wenn ich sage, dass Mandanten geschützt werden müssen. Die anwaltliche Vertretung kann durch eine entschlossene Haltung und entsprechende Beratung diese Situationen versuchen zu verhindern.

Fair int.: Sowohl eigene Aussagen als auch Anhaltspunkte aus dem Ermittlungsverfahren haben die Gesinnung des rechtsextremen Attentäters in Halle offengelegt. Als kurze Zeit nach dem Anschlag erneut vom isolierten Einzeltäter gesprochen wird, hagelt es Kritik aus verschiedenen Kreisen. Er hatte bereits vor der Tat Kontakt zu ähnlich Gesinnten im Internet, veröffentlichte dort bereits vor der Tat sein Vorhaben und schließlich übertrug er auch seine Tat live im Internet. Vor Gericht gab es dann Propaganda- und Profilierungsversuche. Vor diesem Hintergrund, was denken Sie über die Aussage: Der Täter:in hat sich alleine in seinem Zimmer radikalisiert. Wie kann man weiterhin von Einzeltäter:innen sprechen und somit Mittäter:innen (aus dem Internet) ausschließen?

Onur Özata: Es geschieht immer wieder, dass Ermittlungsbehörden Täter:innen und Täterzellen isoliert betrachten. Das sieht man auch beim NSU, wenn von der sog. Trio-These die Rede ist. Man meint hier, dass die beiden Uwes und Beate Zschäpe den NSU gebildet haben, dass es dann zwar ein paar Unterstützer:innen gab, die auch angeklagt wurden, aber sonst kein größeres Netzwerk bestand. Sowohl die Ermittlungen als auch das Verfahren, aber auch die vielen Untersuchungsausschüsse, journalistische und anwaltliche Arbeit haben gezeigt, dass dem nicht so ist. Man kann nicht davon sprechen, dass diese Täter:innen isoliert waren.

Ähnliches gilt für andere Täter:innen. Wenn Sie sich beispielsweise den Täter angucken vom Olympia-Einkaufszentrum 2016 in München. Dort hat ein rassistischer Attentäter neun Menschen ermordet, alles Angehörige von Minderheiten. Da hieß es zunächst auch, dies sei ein unpolitischer Amoklauf, der Mann sei ein Einzeltäter. Das mag juristisch auch stimmen, dass das ein Einzeltäter ist, ja, aber natürlich hat der sich auch vernetzt, natürlich hatte dieser auch (internationale) Kontakte mit Rechtsextremist:innen und Rassist:innen, über die er dann seine Radikalisierung fortschreiten lassen hat, mit denen er sich ausgetauscht hat und seitens dieser Menschen auch Bestätigung im Denken erfahren hat.

Diese Menschen sind nie ganz isoliert und nie ganz

allein, das trifft auch auf den Attentäter von Halle zu. Auch der hat sich im Internet über verschiedene Webseiten vernetzt. Juristisch ist es so, dass er natürlich alleine auf der Anklagebank sitzt und auch die Tat alleine ausgeführt hat. Das Problem ist allerdings, wenn wir hier von einem Einzeltäter sprechen, begeben wir uns in eine folgenschwere Scheinsicherheit. Wir wissen, dass diese Menschen nie ganz alleine sind und immer einen Resonanzraum haben, indem sie wechselwirken. Das ist die Gefahr und deshalb wehren wir uns auch immer vehement gegen dieses Mantra „Einzeltäter:in“ und versuchen den Blick auf diese anderen Phänomene und Bereiche zu weiten. Wenn ich nochmal kurz zurückkomme auf den Attentäter aus München 2016. Der hatte beispielsweise im Internet ein Netzwerk von etwa 200 anderen Menschen auf Steam (Spieleplattform). Dieser ganze Gaming-Bereich ist ein Gebiet, das von Ermittlungsbehörden noch gar nicht so richtig in den Blick genommen wird. Da gibt es natürlich auch Rassist:innen und Rechtsextremist:innen. Aus diesem Milieu sind auch weitere Taten entstanden, zum Beispiel 2017 in New Mexico. Dort wurden zwei Menschen seitens eines Täters, der vorher in Kontakt stand mit dem Attentäter von München, aus rassistischen Motiven ermordet. Wenn man hier nachgesetzt hätte, wenn man hier die Ermittlungen ausgeweitet und sich auch international ausgetauscht hätte, dann wäre dieser Doppelmord evtl. zu verhindern gewesen. Rassismus bzw. Rechtsterrorismus hört ja nicht an den Grenzen auf, sondern ist ein globales Phänomen.

Fair int.: Was ist denn der Grund dafür, dass diese Ermittlungen nicht erfolgen? Warum wird die Vernetzungsstruktur im Internet nicht verfolgt?

Onur Özata: Das wird viele Gründe haben. Einige davon sind sicherlich ein bestehendes Unwissen, was diesen Bereich anbelangt und ein gewisser konservativer Ansatz. Unsere Ermittlungsbehörden denken immer an irgendwelche großen organisierten Gruppen, wie NPD, die auf Demos, Märsche etc. gehen, wenn es um Rechtsextremismus geht. Dieses Bild ist aber schon längst antiquiert. Mittlerweile sind durch das Internet und durch die weltweite Vernetzung ganz neue Täter:innentypen entstanden. Wir haben auch im Prozess in Halle gemerkt, dass es den Ermittler:innen an Wissen in Bezug auf Imageboards und an einer Spezialisierung in dem Online-Gaming-Bereich fehlt. Daneben gibt es natürlich auch entgegenstehende politische Interessen. Das kann ich Ihnen an einem Beispiel festmachen: Im Fall München war es so, dass die Staatsregierung und auch die Ermittlungsbehörden in Bayern relativ schnell zu der Einschätzung gelangt sind, es handele sich um

einen unpolitischen Amoklauf. Die politische Dimension des ganzen wurde einfach negiert und verleugnet. Dann wurden drei wissenschaftliche Gutachten erstellt, die zum gegenteiligen Ergebnis gekommen sind. Die Gutachten haben eigentlich nur das Offensichtliche bestätigt, nämlich dass es sich um eine politische Tat, eine Botschaftstat, um Hasskriminalität handelt. Es geht hier darum, Minderheiten zu treffen. Es ist zwar auch ein Amoklauf, aber eben nicht nur ein Amoklauf. Dagegen hat man sich aber gewehrt. Es bestand sehr lange das Interesse, dass man eben nicht von Rassismus spricht. Rassismus bzw. Rechtsextremismus werden als seltenes Phänomen betrachtet. Man muss sich natürlich anders mit diesen Taten auseinandersetzen, wenn von Rassismus und Rechtsextremismus die Rede ist, aber damit wollen wir uns als Nachkommen des Landes, in dem der Holocaust vorbereitet und durchgeführt wurde, nur widerwillig befassen. Wir meinen, dazu gelernt zu haben und dass seit 1945 Schluss mit Rassismus und Antisemitismus usw. ist, aber das ist natürlich nicht der Fall. Es gibt Kontinuitäten und die müssen wir erkennen, um Menschenhass bekämpfen zu können.

Anderes Beispiel: 2017 hat es einen Brandanschlag gegeben (in Sachsen), an einem Haus, in dem viele Rom:nja und Sinti:zze gewohnt haben. Das allererste, was der Oberbürgermeister dieser Stadt sinngemäß gesagt hat, war, dass es sich um keinen Anschlag handele und dass es keine rassistischen Motive gäbe. Diese Erklärung kam sofort, noch vor Abschluss der Ermittlungen und noch bevor überhaupt klar war, worum es sich handelt. Die Betroffenen hingegen haben von Anfang an darauf hingewiesen, dass sie ein rassistisches Motiv vermuten. Da sieht man wieder das politische Interesse dahinter, dass die Politik verlautet: „Nein, bei uns gibt es so was nicht.“, weil man möglicherweise solche Taten als imageschädigend für die Stadt betrachtet.

Fair int.: Im Olympia-Einkaufszentrum-Prozess hat es drei Jahre gedauert, bis das Gericht die Tat als rassistisch anerkannt hat. Wieso hat das so lange gedauert? Ist das üblich?

Onur Özata: Beim NSU war es ja ähnlich. Fünf Jahre nach Selbstenttarnung des NSU, ermordet wieder jemand Menschen aufgrund ihrer Herkunft und aus rassistischen Motiven heraus. Der Täter zieht los und tötet Menschen, alles Angehörige von Minderheiten, er spricht davon zu töten, davon die Stadt von Türken und Menschen aus dem Balkan zu bereinigen, er ändert seinen Namen, den er verachtet, weil es ein ausländisch klingender Name ist, er ist stolz darauf, am selben Tag wie Adolf Hitler geboren zu sein und

verübt den Anschlag am 5. Jahrestag der Anschläge von Oslo und Utoya (Andreas Breivik). Das alles nimmt man zusammen und sieht darüber hinweg, man sagt, der Täter sei aus seiner Schulzeit noch gekränkt, daher rühre sein Hass. Es gibt aber eine Zäsur und diese Zäsur ist vielleicht der Mord an Walter Lübcke. Danach hat man auch in Halle gesehen, da hat keiner mehr gezögert und die ganze Politik hat auch anerkannt, dass es rassistisch motiviert ist, dasselbe war dann auch in Hanau zu beobachten.

Fair int.: Es wird immer wieder beklagt, dass Ermittlungsverfahren ergebnislos abgeschlossen werden. Auch kommt es häufig nicht zu Schuldsprüchen. Und in der Vergangenheit ist es, wie im Fall des Anschlages im Münchener Olympia-Einkaufszentrum, immer wieder dazu gekommen, dass rechtsextremistisches Gedankengut bei den Täter:innen erst viel später anerkannt wird. Wie wirkt sich sowas auf die Motivation von Rechtsextremisten aus?

Onur Özata: Dies ist schwierig zu beantworten. Wo auf jeden Fall eine Korrelation festzustellen ist, ist zwischen politischer Rhetorik, dem Erstarken des Rechtspopulismus und der angestiegenen Gewalt auf Minderheiten und marginalisierte Gruppen. Natürlich ist es so, dass wenn Ermittlungsbehörden anfangen die Betroffenen zu verdächtigen, den Betroffenen die Anerkennung zu verwehren, warum sie oder ihre Angehörigen zu Opfern von einer bestimmten Art von politischer Gewalt werden, dann ist es so, dass Täter:innen und Gleichgesinnte bzw. Unterstützer:innen dieser Kreise sich ins Fäustchen lachen. Sie fühlen sich dann in ihrem Tun ermutigt und bestärkt.

Es kann ja nur in ihrem Interesse sein, wenn der Staat da fehlerhaft reagiert. Das war auch ganz klar im Interesse des NSU, dass den Betroffenen nicht geglaubt wird und dass sie verdächtigt werden. Diese Täter-Opfer-Umkehr ist eine gewollte Fernwirkung von den Terrorist:innen. Man spielt den Terrorist:innen in die Hände, wenn man da nicht richtig reagiert und trägt somit leider auch der Spaltung der Gesellschaft bei. Was das bei Betroffenen und Angehörigen auslöst, ist das Gefühl nicht ausreichend geschützt zu werden, dass sie denken, „der Staat möchte das nicht anerkennen, er verwehrt uns die Anerkennung unseres Schmerzes und er verhindert vielleicht sogar die Aufklärung“. Das führt dazu, dass sie sich im Stich gelassen und nicht genug geschützt fühlen, was ja eigentlich die Aufgabe des Staates ist. Es ist die Aufgabe des Staates, alle seine Bürger:innen zu schützen. Wenn das nicht passiert, kommt es zu dieser Spaltung. Die Menschen fangen an, sich gegen-

seitig zu misstrauen und es kommt somit zu einer Unsicherheit. Das ist auch im Sinne von Rechtsterrorist:innen, die den sog. „Rassenkrieg“, einen Bürgerkrieg auslösen wollen. Sie wollen ja, dass wir uns alle misstrauen und uns gegenseitig hassen.

Fair int.: Bei rechtsextremistischen Anschlägen wird häufig angenommen, dass es sich dabei um Einzeltäter:innen handelt. Auch wenn am Ende vielleicht ein Einzeler die Tat begangen haben sollte, so verdeckt die Einzeltäter:innen-Theorie, dass die Tat auch das Ergebnis von rechtsextremistischen Propaganda-Strukturen ist. Welche Wirkung hat das auf Betroffene? Was passiert, wenn die rassistische Motivation des Erlebten nicht anerkannt wird? Stellt dies ein Verarbeitungshindernis dar?

Onur Özata: Ich bin davon überzeugt, dass das Versäumen, Verleugnen oder Verweigern der Anerkennung dazu führt, dass die Betroffenen ein weiteres Mal geschädigt werden. Sie leiden darunter, dass man sie nicht richtig unterstützt, dass man sie im Stich lässt. Die Betroffenen auf der Keupstraße haben von „der Bombe nach der Bombe“ gesprochen. Die vorurteilsgeleiteten Ermittlungen, die Verdächtigungen, dieses Misstrauen des Staates gegenüber ihnen selbst. Das wird auch in der Wissenschaft als sekundäre Viktimisierung bezeichnet. In jeder Hinsicht ist das schädlich. Nicht nur psychologisch, sondern auf vielen anderen Ebenen. Die beiden Brüder in Halle, die ich vertreten habe, die im Dönerladen gearbeitet haben, in dem ein Mensch getötet wurde, und die auch selbst Mordversuchen ausgesetzt waren, haben danach natürlich auch kein Geschäft mehr machen können. Da wollte keiner mehr hin, die Umsätze sind eingebrochen. Die Kund:innen blieben nicht weg, weil das Essen dort schlechter geworden ist, sondern weil ihr Laden für vielen nur noch ein Tatort war. An dieser Stelle hätte der Staat solidarisch sein müssen. Sie hatten wirtschaftlich erhebliche Schwierigkeiten. Die Zivilgesellschaft hat denen dann wieder auf die Beine geholfen. Zum Beispiel die jüdische Studentenunion. Die haben im Rahmen einer Kampagne sehr viel Geld gesammelt und somit ermöglicht, dass der Laden noch laufen kann. Das ist so hochgradig lobenswert, aber eigentlich natürlich nicht deren Aufgabe, sondern die des Staates. Das ist die Aufgabe einer solidarischen Gesellschaft. Aber das passiert nicht, weil wir auf der einen Seite zu bürokratisch und knauserig sind.

Es wird nicht gesehen, dass diese Menschen stellvertretend für eine Minderheit ausgesucht wurden und sich nicht individuell irgendwas zu Schulden kommen lassen haben. Was der Attentäter wollte ist

ja, diese Menschen zu vernichten und zu vertreiben. Er bestreitet das Existenzrecht aller, die nicht in sein Bild einer ethnisch reinen Nation passen. Und hätte dieser Laden zugemacht, dann hätte er auch sein Ziel erreicht. Dann hat er die wirtschaftliche Existenz kaputt gemacht, sie aus der Innenstadt vertrieben und im schlimmsten Fall zur Auswanderung getrieben. Einer der Brüder, die ich vertrete, wurde zunächst nicht einmal als Nebenkläger zugelassen. Der eine befand sich im Laden, da haben sie den Mordversuch auch aufgenommen, der andere Bruder war noch auf der Straße und musste vor den Schüssen des Täters in Deckung gehen. Die Bundesanwaltschaft hat jedoch bestritten, dass der Täter meinen Mandanten treffen wollte. Der Attentäter habe ausschließlich die Polizisten töten wollen. Das ist eben ein Punkt, wofür wir auch schon kämpfen mussten, dass seine Erfahrung überhaupt gesehen und zugelassen wird. Er wurde dann auch nach einem Hin- und Her als Nebenkläger durch das Gericht akzeptiert. Es kam letztendlich nicht zu einer Verurteilung, hiergegen haben wir Revision eingelegt, das bedeutet, am Ende wird sich der Bundesgerichtshof mit der Frage beschäftigen, ob das jetzt ein Mordversuch war.

Fair int.: Der Halle Attentäter Stephan B. leugnet vor Gericht den Holocaust und lächelt, als die Videoaufzeichnungen seiner Tat angesehen werden - vor den Angehörigen und den Überlebenden des Angriffs. Was macht das mit den Betroffenen?

Onur Özata: Da reagiert natürlich jeder Mensch anders. Für einige ist das retraumatisierend, bei anderen entsteht Wut, wieder andere stecken das gut weg. Mein Mandant konnte damit gut umgehen. Vielen war das wichtig, den Attentäter zu konfrontieren. Die Mandant:innen wollen ihn sehen, sie wollen verstehen und begreifen, was das für ein Mensch ist und wie er zu dem geworden ist, der er nun ist. Mein Hier fehlt ein Punkt mandant hat für sich davon profitiert, dabei zu sein.

Für andere wiederum war das Ganze schwieriger. Bei dem Video, welches der Attentäter bei seiner Tatausführung fertigte, sind viele Prozessbeteiligte aus dem Gerichtssaal gegangen. Sie wollten sich das nicht anschauen und das Tatgeschehen nicht erneut auf sich wirken lassen. Im Hinblick auf seine Äußerungen ist zu sagen, dass sich diese Ebene leider nicht ganz vermeiden lässt. So ein Prozess muss schließlich rechtsstaatlich ablaufen. Der Täter muss die Möglichkeit erhalten, sich zu den Vorwürfen zu äußern und wenn er das auf diese Art und Weise macht, müssen wir das ertragen können. Was wir aber nicht ertragen müssen ist, wenn er anfängt, den Holocaust zu leug-

nen, Menschen mit Notizblöcken zu bewerfen oder rassistische Sprache zu nutzen. Da kann er ermahnt und als Ultima Ratio des Saales verwiesen werden.

Fair int.: Sie haben nun langjährige Erfahrung bei der Vertretung von Betroffenen rechter Gewalt. Gerade Prozesse wie der NSU führten uns Behördenversagen deutlich vor Augen. Sowohl bei den Betroffenen, ihren Angehörigen als auch in der Gesellschaft entstand Empörung und Vertrauensverlust. Nebenklagevertreter haben immer wieder Forderungen in Hinblick auf künftige Handlungsstrategien der Behörden gestellt, sowohl bezüglich Ermittlungen aber auch Aufarbeitung dieser Angelegenheiten. Wo stehen wir in der Aufarbeitung der Fehler?

Onur Özata: Wir erleben immer noch im Gerichtssaal, dass Aufklärung in gewissen Maßen nicht gewollt ist. Wenn es z.B. darum geht, bestimmte Zeugen oder bestimmte Sachverständige zu hören. Das Gericht hat gewisse Spielräume und es wäre natürlich gut, wenn im Sinne der Aufklärung und des Rechtsfriedens, dass das Ziel eines solchen Verfahrens ist, den Ermessensspielraum auszunutzen. Ich meine, wir verhandeln hier keine Verkehrsunfälle oder einfachen Körperverletzungen. Es geht meistens um Dinge, die tangieren Staat und Gesellschaft in unmittelbarer Weise und da sollten wir keine Kosten und Mühen scheuen. Das wird aber hier und da getan. Das erleben wir auch in der Legislative. Wenn wir uns die Einführung des § 397b StPO anschauen, gibt es jetzt eine Bündelung der Nebenklage. Das bedeutet, dass bei mehreren Betroffenen das Gericht nun bestimmen kann, dass es nur einen Nebenklageanwalt für alle Betroffene gibt. Das macht man deshalb, weil man schlicht Geld sparen will. Das ist aber eine Ungleichbehandlung gegenüber armen Betroffenen, weil ein:e reiche:r Betroffene:r sich immer noch einen eigenen Anwalt leisten kann, das wäre dann auch noch zulässig. Es geht hier darum zulasten der Betroffenen Geld zu sparen. Das ist sehr inkonsequent und nicht zu Ende gedacht.

Fair int.: Was wäre Ihr Appell an die Behörden und an die Zivilgesellschaft? Wie kann man Betroffene nach solchen Ereignissen unterstützen?

Onur Özata: Ganz wichtig ist: Betroffene wollen Gehör finden. Wir müssen die Betroffenenperspektive unbedingt berücksichtigen. Das bedeutet nicht, dass wir dieser blind folgen sollen, aber hinhören ist ein Muss. Hätten wir den Betroffenen beim NSU zugehört, dann wäre auch nach rechts ermittelt worden. Hätte man den Betroffenen zugehört beim OEG, dann hätten sie nicht jahrelang darauf warten müs-

sen, dass der Staat anerkennt, dass es ein rassistisches Attentat war. Das ist ganz wichtig. Und dann müssen wir natürlich ohne Wenn und Aber Opfer von Hass und Gewalt unterstützen. Die Menschen haben unterschiedliche Bedürfnisse. Die vorgesehenen Hilfs- und Unterstützungsleistungen des Staates sind unzureichend und häufig nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Infos zum Interviewpartner:

Onur Özata ist Rechtsanwalt und betreibt seine auf das Strafrecht spezialisierte Kanzlei in Berlin. Als Strafverteidiger und Opfervertreter ist er bundesweit tätig.

Das Interview wurde am 04.03.2021 geführt.

„Muslimfeindlicher Rechtspopulismus – ein Rassismus in neuer Verpackung“

Verfasser: Alexander Häusler

Der Rechtspopulismus hat seit geraumer Zeit in Europa deutlich an Einfluss erhalten. Mit der AfD ist sogar eine rechtspopulistische Partei mit rechtsextremen Einflüssen als stärkste Oppositionspartei im Deutschen Bundestag vertreten. Neben nationalistischer Propaganda verbindet diese Rechtsaußenparteien in Europa in besonderem Maße ein antimuslimischer Rassismus, der weit über den rechtsextremen Rand hinaus Anschlussfähigkeit erzielt.

Ein rechter „Erfolgsschlager“

Ressentiments gegenüber Muslimen werden in öffentlichen Debatten undifferenziert vermengt mit der Angst vor der realen Gefahr des terroristischen islamistischen Fundamentalismus. Aus populistischen Kampagnen gegen den Islam und die Muslime lässt sich deshalb auch politisch Kapital schlagen. Für die europäischen Rechtsaußenparteien bietet sich das politische Schreckgespenst „Islamisierung“ als Chiffre für einen rassistischen Populismus geradezu an. Denn mit populistischen Kampagnen gegen Muslime lassen sich rassistische Weltanschauungen weit über den rechtsextremen Rand hinaus verbreiten. Ein solch muslimfeindlicher Populismus gehört mittlerweile zu den zentralen Merkmalen rechter Propaganda und stellt ein länderübergreifendes Kampagnenthema des parteipolitischen Rechtsaußenpektrums dar. Auch im bewegungsorientierten Spektrum der extremen Rechten haben sich beispielsweise mit Pegida oder der sog. Identitären Bewegung rassistische Netzwerke entwickelt, die mit muslimfeindlichem Populismus öffentliche Wirksamkeit entfaltet haben. In Deutschland hat sich die rechte Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) zum parteipolitischen Sammelpunkt des Rechtsaußenpektrums entwickelt, die ihren völkisch-autoritären Populismus mit exzessiver Muslimfeindlichkeit propagandistisch befeuert.

Antimuslimischer Rassismus

Bei den rechten Politikakteuren vermengen sich populistische Anfeindungen von Muslimen mit rassistischen Abwehrhaltungen. Die Absage an das menschliche Gleichheitsprinzip wirkt identitätsstiftend für sämtliche Strömungen der extremen Rech-

ten: die Ethnisierung sozialer und gesellschaftlicher Konflikte bildet das Mittel zur Durchsetzung rassistischer Gesellschaftskonzepte. Wenn eine solche Feindbildkonstruktion zudem mit rassistischen Ressentiments argumentativ unterfüttert wird, lässt sich von antimuslimischem Rassismus sprechen. Hierbei werden rassistische Stereotype auf die Sphären der Kultur und der Religion übertragen: Die ursprünglich ‚fremden Rassen‘ zugeschriebenen Negativeigenschaften werden dabei kulturell und religiös paraphrasiert. In der Rassismusforschung wird hierbei von einem Neo-, Kultur- oder differenzialistischen Rassismus gesprochen. Ein solcher „Rassismus ohne Rassen“ hat die „Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen“ zum Thema. Hierbei ist der Begriff der Rasse in erster Linie als eine „diskursive, keine biologische Kategorie“ zu verstehen, seine „Charakteristik“ ist die Verschiebung „von der Rasse zur Kultur“ und von der „Ungleichheit zur Differenz“. Die Forderung nach ethnischer Differenz zur Erhaltung der sog. nationalen Identität war und ist ein zentrales Wesensmerkmal der Neuen Rechten. Neurechts orientierte Vordenker wie Henning Eichberg traten schon Ende der 1970er-Jahre mit der Kampfansage „Ethnopluralismus gegen Universalismus“ in Erscheinung. Anstelle des menschlichen Universalismus wird im Ethnopluralismus das „Nebeneinander“ ethnisch homogener Gesellschaften propagiert. „Wer von den Völkern nicht sprechen will, soll von den Menschen schweigen“, so Eichberg. Im Stereotyp „Muslim = Ausländer + Islamist + Kulturzerstörer + Eroberer“ überschneiden sich muslimfeindliche mit rassistischen Zuschreibungen. Eine solche Ethnisierung von Negativzuschreibungen bezeichnet Naime Çakır als „antiislamischen Ethnizismus“. Von solchen Zuschreibungen sind zugleich Menschen betroffen, die jenseits ihres Glaubens allein aufgrund von „Differenzmarkierungen wie Herkunft, Sprache, Eigennamen oder Lebensgewohnheiten und Kleidungsstil dem Islam zugeordnet werden“, die also ‚rassifiziert‘ werden. Dementsprechend sei der antiislamische Ethnizismus als Form des Rassismus zu verstehen. Dabei werden den Muslimen pauschal negative Wesensmerkmale zugeschrieben (frauenfeindlich, unehrig, machtbesessen, unzivilisiert etc.) und ihnen expansive Absichten unterstellt („demografische/kulturelle Landnahme“).

Die heutige politische Rechte verklärt historische Erzählungen wie z.B. den angeblich im Jahr 732 erzielten Sieg des Franken Karl Martell in Poitiers gegen den Vormarsch der Mauren oder die ab dem 8. Jahrhundert begonnene Rückeroberung der Iberischen Halbinsel durch die christlichen Monarchen

2 Dieser Text fußt auf meiner Veröffentlichung „Antimuslimischer Populismus“, die 2019 von der Bundeskoordination „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ herausgegeben worden ist und dort bestellbar und zum Download bereitgestellt wird.

3 Balibar, Etienne: Gibt es einen „Neo-Rassismus“? In: ders. / Immanuel Wallerstein: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin 1990, S. 28

4 Hall, Stewart, Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg 1994, S. 207

5 Taguieff, Pierre-Andre: Die ideologischen Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus, in: Ulrich Bielefeld (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt? Hamburg 1998, S. 243

6 Siehe Henning Eichberg, Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, München 1978, S. 8

7 Ebd., S. 13

8 Çakır, Naime (2014): Islamfeindlichkeit. Anatomie eines Feindbildes in Deutschland, Bielefeld, S. 211 f.

zu angeblichen Schlüsselereignissen der sog. „Reconquista“, der Rückeroberung des „Abendlandes“ aus den Fängen eines als aggressiv dargestellten „Morgenlandes“. Historische Erzählungen und Ereignisse werden dabei aus ihren damaligen Zusammenhängen gerissen und unter Verdrehung historischer Fakten zu Narrativen eines antimuslimischen Verteidigungskampfes gegenüber einer islamischen Gefahr geformt.

Der Islam wurde von den Rechten erst im Zuge der Einforderungen der eingewanderten muslimischen Bevölkerungsteile nach institutionalisierten Anerkennungsformen als ein wirkungsvolles Feindbild erkannt: „Den Muslimen“ – dazu zählen die Rechten auch die von ihnen lediglich als muslimisch markierte Zugewanderte aus mehrheitlich muslimischen Ländern losgelöst von individuellen Glaubensvorstellungen – sollten nicht die Rechte kultureller und religiöser Entfaltung zugestanden werden, wie „uns“, dem „angestammten Volk“. Iman Attia verweist darauf, dass durch die Konstruktion und „Essentialisierung einer ‚islamischen Kultur‘“ die eigenen politischen Machtpositionen und Unterdrückungs- und Klassenverhältnisse ausgeblendet werden.

Da die Geschichte des Rassenbegriffs zeigt, „dass er aus Anstrengungen zur Legitimation sozialer Ungleichheit erwuchs“, ist der antimuslimische Rassismus zugleich als Legitimationsinstrument zur Abwehr sozialer Teilhabemöglichkeiten von Zugewanderten muslimischen Glaubens zu verstehen.

Sprache des Hasses

Der antimuslimische Populismus gipfelt in einer Sprache des Hasses. Dies ist Ausdruck und Resultat der rechten Dämonisierung des Islams und der Muslime zu einer existenzbedrohenden Macht. Ablehnung und Hass auf Muslime erscheinen dort deshalb als Ausdruck existenzhaltender „Verteidigung des Eigenen“. So markiert der antimuslimische Populismus den Islam als „äußeren Feind“, der nun, bedingt durch Zuwanderung und gesellschaftliche Pluralisierung, aus Sicht der Rechten in Gestalt der als muslimisch markierten Zugewanderten zum „Eindringling“ und damit zugleich zum „inneren Feind“ wird – zu einem zunehmend machtvollen Feind, der mittels kultureller Etablierung, Geburtenrate und feindlicher Übernahme die eigene Existenz bedrohe, gar „auszulöschen“ bestrebt sei. Ein derart völkisch-rassistisch aufgeladenes Untergangsszenario findet seinen pointierten Ausdruck in der Verschwörungstheorie vom „großen Austausch“. Unter diesem Label betreibt die rechtsextreme Identitäre Bewegung eine Kampagne. Der „Große Austausch“ sei ein Prozess der „Verdrängung der einheimischen Bevölkerung zugunsten fremder und zumeist muslimischer Einwanderer.“ Im rechtsextremen Weltbild der IB sei ein solcher „Austausch“ eine von den politischen Eliten bewusst gesteuerter Prozess, weshalb sie fordert, den angeblich vorherrschenden „Konsens aus Masseneinwanderung und Bejahung einer fortschrei-

tenden Islamisierung direkt vor Ort zu stören.“ Die Sprache des Hasses hat auch Eingang in die Debatte der Kultur des Deutschen Bundestages gefunden. So beschwor die AfD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Alice Weidel in einer Rede die angebliche Bedrohung in Deutschland durch „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner“. Der diskriminierende Begriff der „Messermänner“ verbreitete sich als Ausdruck für gewalttätige Einwanderer bzw. Geflüchtete: In rechten Internetportalen und in Reden auf flüchtlingsfeindlichen Kundgebungen etablierte sich das rechte Schlagwort „Messermänner“ fortan als Bedrohungssynonym für die von den Rechten abgelehnten Geflüchteten nach dem Motto „Flüchtling = Messermann“.

Die Muslimfeindlichkeit stellt eine hinsichtlich ihrer Wirkungsmächtigkeit gefährliche Mobilisierungsressource im Rechtsaußenspektrum dar. Die Wahlerfolge der AfD sind Ausdruck einer fortschreitenden Rechtsentwicklung, die im Kontext der aktuellen Flüchtlings- und Islamdebatten zu einer zunehmenden Polarisierung und Verrohung der politischen Kultur geführt haben. Die AfD nimmt dabei zunehmend die Rolle eines politischen Zugpferdes ein und setzt auf eine emotionalisierte Politik der Feindbilder: Die Einwanderer, der Islam, und die sog. Alt-Parteien dienen der rechten Propaganda als wirkungsmächtige Sinnbilder einer angeblich volksfeindlichen Politik, gegen die in völkisch-nationalistischer Stoßrichtung zum Aufstand mobilisiert wird. Diese besorgniserregende Entwicklung geht einher mit einer drohenden „Normalisierung“ muslimfeindlicher und rassistischer Artikulationsformen. Durch die zunehmende Präsenz derartiger Positionierungen im öffentlichen und medialen Diskurs verschieben sich die Grenzen des Sagbaren – Diskriminierung wird hierbei nicht nur von rechten politischen Aktivisten als angeblicher Ausdruck von Meinungsfreiheit verkauft. Je mehr der Rassismus kulturell und religiös verkläuselt wird, desto anschlussfähiger scheint er zu werden. Um zu verhindern, dass Muslime zunehmend gesellschaftlich ausgeschlossen und zur Zielscheibe von rassistischen und diskriminierenden Anfeindungen werden, muss die grassierende Muslimfeindlichkeit deutlicher als bislang geschehen als Gefahr für das gesellschaftliche Zusammenleben erkannt werden. Dies erfordert die Herstellung von erhöhter öffentlicher Aufmerksamkeit für diese wachsende Form gesellschaftlicher Diskriminierung. Zudem muss dem antimuslimischen Populismus in Politik und Zivilgesellschaft entschiedener als bisher widersprochen werden. Im wissenschafts- und bildungspolitischen Bereich bedarf es der Weiterentwicklung problemorientierter Forschungs-, Handlungs- und Vorbeugungskonzepte.

Infos zum Verfasser:

Alexander Häusler arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (www.forena.de) der Hochschule Düsseldorf

„Der Umgang mit erlebter rechts-extremistischer Gewalt aus Sicht einer Betroffeneninitiative“

Interviewpartnerin: Meral Şahin

Fair int.: Vielen Dank für Ihre Bereitschaft dieses Interview durchzuführen.

Möchten Sie sich (und ihren Verein) vielleicht zu nächst einmal vorstellen?

Meral Şahin: Die IG Keupstraße ist ein Verein der ursprünglich gegründet wurde, um das zu schützen was die Keupstraße ist, aber auch im Interesse kulturelle Vielfalt zu bewahren. Damals gab es hier mehr „deutsche“ Geschäfte. Mit der Zeit hatte der Verein immer weniger Mitglieder und es kam fast zum Stillstand.

Erst 2004 nach dem Bombenanschlag haben wir uns vorgenommen, den Verein wieder ins Leben zu rufen und mehr daraus zu machen und daraufhin sind dann Mitat Özdemir zum 1. Vorsitzenden, und ich zur 2. Vorsitzenden gewählt worden.

Fair int.: Wie hat sich die IG Keupstraße also seit ihrer Gründung verändert?

Meral Şahin: Sehr viel, die IG Keupstraße war anfangs da, um mehr „Deutsche“ auf die Keupstraße zu bekommen und Freundlichkeit auszustrahlen. Nach 2004 sind die Menschen einfach weggeblieben und zu dem Zeitpunkt haben wir daran gearbeitet, die Wirtschaft hier erst einmal wieder anzukurbeln. Der Glaube daran, dass es Neonazis waren und der Staat glaubt uns nicht, hat uns selber noch einmal untereinander verbündet. Damals war die Keupstraße auch unter sich teilweise gespalten, sowohl in der Denkweise, als auch in der Kultur, Religion etc... Aber der Druck von außen hat uns in der Keupstraße zusammengeschweißt. Durch Rassismuserfahrung lernt man auch, die eigenen Rassismen zu erkennen und arbeitet daran. Wenn du erfährst, wie schlimm das ist, von Rassismus betroffen zu sein, dann denkst du nach und arbeitest an dir selber, entdeckst deine Fehler und möchtest etwas verbessern. Du möchtest dich gemeinsam bewähren, du möchtest funktionieren, dein Brot verdienen. Es geht sowohl um ein gutes Miteinander als auch um Produktivität und gemeinsam an diesen Komponenten zu arbeiten, schweißt dich zusammen.

Es folgte eine schwierige Zeit. Wir haben gemeinsam die letzten Gelder zusammengekratzt und Beleuchtung besorgt. Das war ein eigener Entwurf von mir, der 36.000 Euro aus eigener Tasche gekostet hat. Die letzten 8.000 sind dann sogar noch an

dem Vorstand kleben geblieben. Wir wollten aber eine Entwicklung. Die Straße wollte das, weil wir gedacht haben, es ist einladender, wenn wir hier mehr Beleuchtung haben, dekorieren und versuchen, die Straße schöner zu gestalten. Es gab echt eine grauenhafte Zeit, da kam kein Mensch in die Keupstraße. Viele Geschäfte haben geschlossen. Es sind zwar immer wieder neue gekommen, mit neuen Geschäftsideen, hat aber alles nicht funktioniert. Wir haben versucht Straßenfeste auf die Beine zu bringen, um wieder für etwas Stimmung zu sorgen, aber auch das hat nicht funktioniert. Es kamen immer nur die bekannten Gesichter, die Familien und die Freunde der Geschäftsinhaber:innen.

Erst 2013, als das Schauspiel Carlswerk unser Nachbar wurde, haben wir dann ganz interessante Menschen kennengelernt, die uns auch Hoffnung gegeben haben. Die Zusammenarbeit mit Thomas Laue vom Schauspiel war für uns eine Kehrtwende. Der hat dann wirklich Entscheidendes an den Tisch geholt. Erst da haben wir dann Wirkung gesehen. Anscheinend ging es auch anders. Es muss jemand kommen, der eine Stimme hat, die die Menschen auch hören möchten. Die eigene Community zu vertreten und gleichzeitig anzusprechen ist nicht sehr produktiv.

Im 10. Jahr nach dem Anschlag, 2014, kamen sie dann bei der Organisation unseres Straßenfestes dazu und plötzlich kam auch der Stern, Mercedes, Künstlerinnen und Künstler etc. und es wurde ein Riesen-Projekt. Das war so eine große Energie, dass wir zum ersten Mal daran geglaubt haben, dass wir etwas auf die Beine bringen können. Wir haben irgendwann dann 50 Meter Bühne gehabt, was wir uns anfangs nicht einmal vorstellen konnten. Es passiert etwas mit Zusammenwirkung, nur mit der lokalen Bevölkerung hier, nur wenn sich Menschen in Führungspositionen beteiligen. Wenn ich mich im inneren Kreis darüber beklage, dass mir Unrecht angetan wurde, bringt das nichts. Das müssen dann auch Menschen hören, die etwas verändern können.

Fair int.: Was bedeutet Ihre Initiative/Arbeit für die Familien der Betroffenen?

Meral Şahin: Für die Familie ist es eine Erleichterung, dass sich jemand um diese Angelegenheiten kümmert. Das war ja auch das, was wir wollten. Es sollte nicht in Vergessenheit geraten, wir sollten weiterhin am Ball bleiben. Wir wollen ja aber auch etwas Bindestrich müsste raus erreichen. 2014 haben wir durch dieses große „Birlikte“-Festival eine Menge erreichen können. Da kamen auch viele Anwältinnen und Anwälte zusammen, man hat aus den Akten vorgelesen und man hat zum ersten Mal ausgesprochen, was der Staat falsch gemacht hat. Zum ersten

Mal auf einer „deutschen“ Bühne, mit einem „deutschen“ Moderator vor „weiß-deutschem“ Publikum. Aber auch das wird leicht vergessen. Man muss immer weitermachen und die Leute immer wieder daran erinnern, aber diese Kraft haben wir leider nicht. Das „Birlikte“-Festival haben wir dann jährlich organisiert. 2016 gab es dann wieder Probleme. Wir wollten uns weiterentwickeln und die Leute nicht nur dazu auffordern, zu uns zu stehen und ihre Fehler zu reflektieren. Wir wollten als IG Keupstraße mit Konrad Adam sprechen, der war unser eingeladenen Gast. Der Grund für dieses Gespräch war der Konfrontationsbedarf. Manche Sachen mussten endlich mal ausgesprochen werden, aber nicht nur unter den Menschen, die dich sowieso mögen und unterstützen, sondern unter denen, die dich nicht mögen und die gegen dich arbeiten. In diesem Fall haben wir dann etwas ganz Komisches erlebt. Unsere Veranstaltung wurde von einer Gruppe gestürmt und es kam leider nicht zu diesem Gespräch. Diese linke Gruppierung wollte uns eigentlich ja nur „beschützen“, die dachten, dieser Mann kann nicht auf die Bühne kommen, dieser Mann soll und darf nicht sprechen. Aber die Denkweise, jemanden schützen zu wollen und dabei so zu tun, als gäbe es Rassismus nicht, ist nicht die Lösung. Es geht nur mit Kommunikation und nur Angesicht zu Angesicht.

Den Rassismus gibt es und den erlebe ich jeden Tag und mit dem bin ich aufgewachsen. Seitdem ich sechzehn bin und seitdem ich ein Kopftuch trage, weiß ich ganz genau, Rassismus gibt es in Deutschland. Früher nicht ganz so organisiert, eher verstreut, aber überall. Heute organisierter, verdeckt, aber auf der anderen Seite mit Partei im Parlament. Es hat sich ganz anders entwickelt und das wäre dann wahrscheinlich die Frage zur Entwicklung. Die Entwicklung ist wirklich sehr stark, sie ist nicht größer geworden, sondern organisierter geworden. Aber auch die Gegenseite ist organisierter geworden. Es wächst miteinander. Irgendwann, mein Glaube, wird sich alles von alleine lösen. Mittlerweile sind Muslime auch in Ämtern vertreten, sie werden Entscheidende, die uns wiederum schützen werden, die wegen erlebten Rassismus ihre Arbeit besser machen werden. Ich würde mir wünschen, dass sie neutral bleiben und sich für Gerechtigkeit einsetzen. Alles, was wir wollen, ist Gerechtigkeit. Ich will nicht überbeschützt oder untergejubelt werden, ich will einfach nur neutral behandelt werden. Jeder will Demokratie, aber die wenigsten wollen etwas dafür tun.

Fair int.: Was hat sich für Ihre Mitglieder konkret nach dem Urteil geändert?

Meral Şahin: Wir haben gar nichts mehr erwartet.

Wir waren darauf vorbereitet. Der Frust war schon vorher da. Während der ganzen Prozedur wussten wir auch schon, wie der Umgang mit Zschäpe war. Man hat sich immer nur auf diese eine Person fokussiert, das Ganze wurde zu einer Drei-Personen-Geschichte gemacht, die ganzen Zusammenhänge mit dem Verfassungsschutz sind überhaupt nicht in den Vordergrund getreten. Wir haben mitbekommen, wie viel gelogen wurde und wie viele wertvolle Menschen, wertvolle Zeug:innen plötzlich unerklärbar gestorben sind und überhaupt nicht nachgefragt wurde, wieso. Die Justiz hat nicht gut gearbeitet, es hat einfach nicht funktioniert.

Fair int.: Wie Sie vermutlich wissen, wurden erneut Drohbriefe mit der Signatur „NSU 2.0“ an verschiedene Personen, unter anderem Nebenklagevertreter:innen im NSU-Prozess, gesandt. Waren Sie während des Prozesses auch selber Gefahren und Drohungen ausgesetzt bzw. macht die IG Keupstraße auch heute noch Erfahrung mit rechtsextremistischer Gewalt/Rechtsextremismus? Hatten Sie keine Angst sich in dieser Angelegenheit zu engagieren?

Meral Şahin: Selbstverständlich, auch immer wieder mal. Wir haben auch Drohbriefe erhalten, Flugblätter bekommen, in denen stand, dass sie uns vergasen wollen. Immer mal wieder gibt es Rufe über die Keupstraße aus dem Auto, in dem die Menschen dann Deutschlandfahnen schwingen, Naziparolen rufen, beim Vorbeigehen mit dem Tod drohen. Klar gibt es das. Wir haben einfach gelernt, mit diesen Dingen zu leben und uns nicht davon beeinflussen zu lassen. Auf der anderen Seite gibt es nämlich genauso viele Menschen, die uns dabei helfen, das Ganze besser zu gestalten. Die sind zum Glück in der Mehrzahl. Wir können ja nicht sagen, wir haben Angst und wir lassen das jetzt mal sein, das wäre das letzte was man machen sollte und würde bedeuten, dass wir aufgeben.

Fair int.: Es werden jährlich Veranstaltungen in Gedenken an die Betroffenen des NSU organisiert. Pflegen Sie auch darüber hinaus noch Kontakt zu Überlebenden und zu den Angehörigen der Betroffenen?

Meral Şahin: Wir treffen uns regelmäßig, sind mit Betroffenen aus der Keupstraße sowieso permanent in Kontakt. Hinzukommen ja auch die Menschen, die betroffen sind, aber an diesem Tag nur zufällig auf der Keupstraße waren. Auch die sehen wir immer wieder. Meistens auf Veranstaltungen, nicht nur hier auf der Keupstraße.

Fair int.: Was meinen Sie, inwiefern wirkte sich der Zusammenschluss zur Initiative auf die Verarbeitung der Angehörigen und auf die Aufarbeitung des NSU-Komplexes aus?

Meral Şahin: Damals wollte der Staat den Menschen aus der Keupstraße helfen, er hat uns als Betroffene eines Angriffes ernst genommen. Daraufhin wurde eine ‚Hotline‘ eingerichtet, bei der sich Betroffene melden konnten. Das war anonym. Betroffene konnten dort anrufen und sich Hilfe holen. Seelsorge quasi. Die haben das dann in der Südstadt eingerichtet und haben inseriert über den Kölner Stadtanzeiger.

Da gab es nur ein kleines Problem. Wer von den Betroffenen hier liest denn bitteschön den Kölner Stadtanzeiger? Wer? Der gute Wille ist da, aber die Art und Weise war nicht produktiv. Die Menschen vor Ort müssen in solche Projekte eingebunden werden, damit das effektiv wird. Politisch kann man etwas bewirken, wenn man die Gesellschaft erreicht, dafür braucht es keine großartigen „Politikertreffen“, sondern die Stadt und die lokale Gesellschaft.

Fair int.: Wie zufrieden sind Sie mit der Unterstützung des Staates?

Meral Şahin: Der Einsatz war da. Er war aber zu wenig und falsch angelegt. Man hätte aus staatlichen Fördermitteln mehr machen können als politische Diskussionen hinter verschlossenen Türen, in Integrationsräten etc...

Es geht darum, was die Bevölkerung will, was der lokale Bedarf ist. Das muss zu aller erst in Erfahrung gebracht werden. 2011-2013 gab es ein Projekt „Mülheim 2020“, da kam dann die Sozialraumkordinatorin Frau Maria Fichte hier auf die Straße und hat wahnsinnig viel bewirkt.

Sie hat einfach die Probleme der Keupstraße genommen und in die Verwaltungsräume getragen. Sie hat nach Lösungen gesucht und es hat ein Austausch stattgefunden. Es bringt nichts, bei neuen kulturellen Einflüssen, formell und protokollarisch, schriftlich mit Antrag zu arbeiten, sondern es müssen Menschen auf die Straße gehen, Streetworker zum Beispiel, das Problem finden, weitergeben und dann nach Lösungen suchen. Diese Lösungen aber sollen dann die Betroffenen und ihre Initiativen mit einbinden. Nicht fernab in geschlossenen politischen Räumen, das ist meines Erachtens nach rausgeschmissenes Geld.

Fair int.: Die Ermittlungsbehörden verdächtigten Betroffene des NSU der Kriminalität, teilweise

auch deren Angehörige als Tatbeteiligte. Wie hat sich die Kriminalisierung der Betroffenen auf Ihre aktivistische Arbeit ausgewirkt?

Meral Şahin: Ganz kurz, am Tag des Geschehens war bereits überall die Rede von einem nationalsozialistischen Anschlag. Erst am nächsten Morgen hieß es in den Zeitungen, das kam über den Innenminister von damals, dass es absolut ausgeschlossen wäre, dass es ein rechtsradikaler Anschlag wäre. Die Menschen in der Keupstraße hätten sich selbst bekriegt. Direkt am nächsten Tag schon. Ihr wisst, wie schwer es ist, Ermittlungen durchzuführen und wirklich etwas Handfestes sagen zu können. Wie kann man in einem politischen Amt, so davon überzeugt, so beschuldigend eine ganze Straße unter Verdacht stellen? Das fatale an der Situation ist, es gibt keinen Menschen, der aufstehen und sagen kann ‚hey, was macht der da?‘. Es geht hier um eine Community, das sind Menschen. Niemand hat das wieder gut gemacht. Das Einzige, was so eine Art Trostpflaster war, war, als Angela Merkel sagte, dass es in diesem Prozess eine lückenlose Aufklärung geben wird. Was es in dieser Form dann leider auch nicht gegeben hat. Sondern im Gegenteil, es war beschämend, dass Menschen in München während des Prozesses aufgestanden sind und applaudiert haben, weil irgendwelche Nazis kürzertreten konnten, und nicht die längere Haft antreten mussten. Es wurde allen Ernstes applaudiert.

Aber ein Vater, dessen Kind vor 20 Jahren ermordet wurde, der durfte nichts sagen, der wurde dann des Saales verwiesen, dem wurde gesagt, wenn er sich nicht benehme, dann müsse er raus. Es ist so ungerecht, dieses Unrecht macht die Menschen wahnsinnig und nimmt den Menschen den Glauben, dass es in Deutschland mal besser wird. Außerdem nimmt es den Menschen auch die Kraft, etwas gegen dieses Unrecht zu tun, weil man nicht daran glaubt, dass man etwas bewirken könnte. 2004 war der Anschlag, sieben Jahre lang war die Straße unter Verdacht.

Eine sieben Jahre lang total vergessene und vernachlässigte Straße, sowohl strukturell als auch wirtschaftlich und stadtteilmäßig. In jeglicher Form. Die Straße wurde komplett alleine, ihrem Schicksal überlassen. Damals waren wir noch nicht aktiv. Wir waren nicht organisiert.

Fair int.: Wie hat sich das auf die IG Keupstraße ausgewirkt?

Meral Şahin: Empörung, Enttäuschung und Wut. Entweder möchte man das dann besser machen oder man geht in die andere Richtung und verliert

den Glauben an die Sache. Viele haben auch ihre Geschäfte aufgegeben und sind weitergezogen, in andere Viertel.

Fair int.: Betroffene von Rechtsextremismus fühlen sich häufig alleine gelassen. Haben Sie als IG Keupstraße Solidarität erfahren? Wenn ja, von wem?

Meral Şahin: Als 2011 herauskam, dass es der NSU war, haben wir dann plötzlich hohe Besuche gehabt, die sich eigentlich nur ablichten lassen wollten. Sie kamen in die Straße mit ihren großen Autos, haben sich fotografieren lassen und waren dann wieder weg. Das war die Solidaritätsbekundung. Danach hat man sich sehr schlecht gefühlt. Wir haben gespürt, wie gestellt das alles war. Das war so nieder-schlagend.

2014 kam Herr Gauck in den Laden von Özcan Yıldırım, dort, wo die Bombe hochging und er meinte: ‚Ihr müsst aber jetzt endlich Deutsch lernen‘. Dieser Ausdruck war so fatal. Aber ich konnte ihm das so nicht ins Gesicht sagen. Wir dachten uns einfach nur, na gut er war ja jetzt hier, ist ja in Ordnung. Wir müssen aber weiter am Ball bleiben.

Fair int.: Wie Sie wahrscheinlich wissen, haben rechtsextremistische Anschläge 2020 sowohl in Deutschland, z.B. Hanau und Halle, als auch international, viele Leben gekostet. Welche Entwicklungen des Rassismus in Deutschland stellen Sie hierbei fest? Wie blicken Sie in die Zukunft?

Meral Şahin: Organisiert und salonfähig heute. Damals hat niemand Rassismus erkannt, heute erkennen wir Rassismus, weil wir gewachsen sind und weil wir jetzt darüber sprechen können. Früher wurde nicht darüber gesprochen und die, die hätten sprechen können, die haben es ja nicht erfahren. In diesem Land gab es, gibt es und wird es auch immer Rassismus geben.

Fair int.: Mit welchem Apell möchten Sie das Interview gerne beenden?

Meral Şahin: Wenn du gut leben möchtest in einem Land, dann musst du auch geben. Außerdem brauchen wir Kommunikation. Geht raus und spricht über eure Erfahrungen. Die Mission geht weiter, viel weiter. Wir haben viel zu tun. Wir müssen uns weiter-bilden und unseren Platz in der Mitte der Gesellschaft einnehmen. Hört sich jetzt so missionarisch an. Das ist meiner Meinung nach aber die einzige Lösung.

Infos zur Interviewpartnerin:

Meral Şahin ist Geschäftsfrau und die Vorsitzende der „Interessengemeinschaft Keupstraße“.

Das Interview wurde am 17.09.2020 geführt.

